

Muzaffer Dartan:

Sehr geehrte Gäste,

hiermit eröffne ich die erste Sitzung zu dem Thema „Türkisch-Deutsche Beziehungen und die Europäische Union“ im Rahmen der internationalen Konferenz „Die Türkei heute und die Zukunft Europas“, die in Zusammenarbeit der Marmara Universität mit der Universität Bremen organisiert und außerdem von dem Migranten- und Interkulturellen Forschungszentrum Bremen unterstützt wird. Ich heiße Sie, sehr geehrte Gäste, herzlich willkommen. Insbesondere bedanken möchte ich mich bei dem Rektor, Herrn Prof. Dr. Wilfried Müller, und den Angehörigen der Universität Bremen, den Vertretern des türkischen Generalkonsulats in Hannover, den Vertretern der Stadt Bremen und denen derer Berufskammern und Zivillorganisationen sowie dem internationalen Publikum für die Teilnahme an unserer Konferenz.

Wir haben für diese Sitzung zwei sehr bedeutende Referenten eingeladen: Zuerst spricht Volkan Bozkır in seinem Amt als Botschafter und ständiger Vertreter der Türkei in der Europäischen Union. Als zweiter Referent äußert sich anschließend der ehemalige Botschafter und Parlamentsabgeordnete Herr Dr. Onur Öymen. Er ist der derzeitige Vizepräsident der Kommission für den Angleich des gemeinschaftlichen Besitzstandes der EU im Türkischen Parlament (TBMM). Beiden Referenten danke ich herzlich, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind und wir Sie heute hier begrüßen dürfen.

Sehr geehrte Gäste,

die Idee eines vereinten Europas blickt auf eine weitreichende Vergangenheit zurück. Im Laufe der Geschichte wurde sie von Vertretern der unterschiedlichsten Gesellschaftsschichten zum Ausdruck gebracht. So gehören zu ihnen Politiker, Künstler, Schriftsteller und auch Soldaten. Doch die erste konkrete Umsetzung dieser Idee zeichnet sich erst nach Ende des Zweiten Weltkrieges ab, in einer Zeit, die erneut durch die Erhärtung politischer Fronten geprägt ist. Während des nach 1945 folgenden Kalten Krieges gerieten die westeuropäischen Staaten zwischen die Pole der sowjetischen und US-

amerikanischen Weltmacht und ergriffen hier die Initiative, eine Einheit untereinander zu bilden, um den Frieden auf dem Kontinent zu stabilisieren. Europa sollte so neu aufgebaut werden und durch ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum seine alte Stärke zurückerhalten.

Der Deklaration, die von Jean Monnet, einem der führenden Politiker im damaligen Frankreich verfasst und von dem ehemaligen Außenminister Robert Schuman veröffentlicht wurde, schlossen sich Italien, Deutschland, die Niederlande, Belgien und Luxemburg an. Der 09. Mai 1950 als Datum der Veröffentlichung dieser Deklaration wurde später zum Gründungstag der Europäischen Union (Europa-Tag) erklärt. Aus diesem Anlass haben auch wir diese Konferenz organisiert und uns heute hier versammelt.

Die so genannten Sechser-Länder aus dieser Anfangszeit, mit denen die ersten konkreten Schritte in Richtung Vereintes Europa unternommen wurden, bildeten vor dem Hintergrund des Paris-Vertrages zunächst die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (1952) und dann auf der Grundlage der Römischen Verträge (1957) die Europäische Atomgemeinschaft sowie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (1958). Die EWG wurde mit dem Ziel einer Zollunion gegründet, die im Weiteren 1967 verwirklicht wurde. 1968 wurden diese drei Gemeinschaften schließlich unter der Bezeichnung „Europäische Gemeinschaft“ zusammengeführt.

In der Zeitspanne, die die zweite Hälfte der 1960er Jahre bis 1992 umfasst, wurde indessen der wirtschaftliche Integrationsprozess „von der Zollgemeinschaft zum gemeinsamen Binnenmarkt“ abgeschlossen, wodurch Beschränkungen für den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften zwischen den Mitgliedsländern aufgehoben worden sind. In dieser Etappe wurde mit der Unterzeichnung des „Vertrags über die Europäische Union“ – kurz auch als Maastricht-Vertrag bezeichnet – der Begriff der „Gemeinschaft“ mit dem der „Union“ ersetzt, da dieser eine intensivere Beziehung zwischen den einzelnen Staaten zum Ausdruck bringt. Mit Beginn des Jahres 2002 wurde dann auch eine einheitliche Währung eingeführt. In Folge dieser Währungsreform ist in der heutigen Union mit 27 Mitgliedsländern eine 16 Staaten umfassende Euro-Region entstanden. Damit stellte sich der Union insbesondere

nach der Annahme des Lissabon-Vertrages auch die Frage, mit welcher politischen Struktur sie in Zukunft verwaltet werden sollte.

Bis heute werden Beitrittsverhandlungen mit immer neuen Ländern aufgenommen. Die Türkei ist am 3. Oktober 2003 in diesen Prozess eingetreten; zeitgleich mit Kroatien, dem laut Aktenlage jedoch schon weit größere Fortschritte beschieden werden als der türkischen Republik. Auch Mazedonien hat mittlerweile den Status eines offiziellen Beitrittskandidaten, mit dem konkrete Verhandlungen allerdings noch ausstehen. Einen Aufnahmeantrag gestellt haben ebenso Montenegro, Albanien, Island sowie Serbien, deren Antwort seitens der Union noch abzuwarten ist.

Wenn wir uns wieder dem Beitrittsprozess der Türkei zuwenden, blicken wir auf fast ein halbes Jahrhundert währende Beziehungen zur EU zurück, da sich diese bis auf das Jahr 1959 zurückverfolgen lassen, in dem die damalige türkische Regierung kurze Zeit nach dem Aufnahmeantrag Griechenlands den eigenen Beitrittsantrag am 31. Juli einreichte. Vier Jahre später, am 12. September 1963, haben die Türkei und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft dann das Assoziierungsabkommen unterzeichnet, das der Türkei die Mitgliedschaft in Aussicht gestellt hat.

Prof. Walter Hallstein, der als Präsident der EWG-Kommission an der Unterzeichnung von dem auch kurz als „Ankara-Abkommen“ bezeichneten Assoziierungsabkommen beigewohnt hatte, betonte in seiner Rede, dass die Türkei zu Europa gehöre. Diese Feststellung ist insofern bedeutsam, dass sie die damalige Haltung Europas der Türkei gegenüber widerspiegelt. Diese positive Einstellung zeigt sich u.a. in Art. 28 des Ankara Abkommens, worin der Türkei in Zukunft die Vollmitgliedschaft in Aussicht gestellt wird.

Wie im Rahmen des Assoziierungsabkommens vorgesehen, ist die Türkei am 1. Januar 1996 bereits in die Zollunion eingetreten und hat somit einen großen Schritt in Richtung der wirtschaftlichen Vereinigung mit der Union unternommen. Daraufhin wurde ihr zunächst auf dem EU-Gipfeltreffen in Helsinki zwischen dem 11. und 13. Dezember 1999 der Status eines „Beitrittskandidaten“ verliehen. Die Entscheidung konkrete Verhandlungen aufzunehmen

fiel dann auf dem Gipfel in Brüssel am 17. Dezember 2004, nachdem festzustellen war, dass ein Großteil der „Kopenhagener Kriterien“ von der Türkei erfüllt worden ist. Der 03. Oktober 2005 markiert dann den Beginn mit offizieller Aufnahme des ersten Beitrittskapitels.

Es ließ sich jedoch beobachten, dass die Verhandlungen im weiteren Verlauf äußerst langsam fortschritten. Mit dem Argument, die Türkei würde ihren Verpflichtungen aus dem Zusatzprotokoll nicht nachkommen, wurden einige wichtige Verhandlungskapitel von der Union blockiert. Hinzu kommt auch, dass Frankreich die Eröffnung einiger für den Weg zur Vollmitgliedschaft elementarer Kapitel zu verhindern gewusst hat.

Nach dieser kurzen Einführung in die Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union werden wir die letzten Entwicklungen auswerten und uns auf den aktuellen Prozess der Beitrittsverhandlungen konzentrieren. Welche Bedeutung kommt ihm zu? Wo hat er begonnen, wo wird er enden und was geschieht währenddessen? Wie entwickelt er sich im Ganzen? Gibt es überhaupt eine festgesetzte Frist für den Abschluss der Verhandlungen? Und nicht zuletzt: Welche Konflikte erwarten die Türkei im Laufe des Verfahrens, und welche Lösungsvorschläge bieten sich dafür an?

Um diese und noch weitere Fragen zu beantworten, lade ich nun den Herrn Botschafter Volkan Bozkır zum Rednerpult ein und möchte an dieser Stelle auch noch einmal darauf hinweisen, dass der Herr Botschafter, der – wie Sie jetzt alle wissen – bei der Europäischen Union in Brüssel gegenwärtig die Türkische Republik vertritt, selbst aktiv an dem Verhandlungsprozess teilnimmt. Selbstverständlich können Sie nach seiner Rede noch weitere Fragen an ihn richten.

Muzaffer Dartan: Sehr geehrter Herr Botschafter, ich möchte Sie zunächst bitten, uns darüber aufzuklären, in welcher Phase sich die Beitrittsverhandlungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union befinden. Wie ist außerdem in diesem Rahmen der Begriff der „Verhandlung“ zu verstehen und wie wird in dem Verhandlungsprozess vorgegangen?

Volkan Bozkır: Sehr geehrter Herr Rektor der Universität Bremen, sehr geehrter Herr Abgeordneter, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Dartan, ich möchte Sie und die verehrten Akademiker und Freunde aus Bremen und der Türkei, die heute an dieser Veranstaltung teilnehmen, herzlich begrüßen.

Ich habe bereits zahlreiche Konferenzen besucht, die von der Universität Bremen oder von der Marmara-Universität oder von beiden gemeinsam organisiert worden sind. Diese Veranstaltungen haben mir nicht nur Freude bereitet, sondern waren für mich in schwierigen Zeiten der bilateralen Beziehungen darüber hinaus stets Quellen frischer Energien und neuer Ideen. Von daher haben beide Hochschulen neben all meinen anderen Verpflichtungen einen ganz besonderen Stellenwert und ich bemühe mich stets, an ihren Veranstaltungen teilzunehmen. Auch heute ist es für mich eine Ehre und Freude bei Ihnen zu sein. Prof. Dr. Dartan hat wieder einmal keine Mühen gescheut und ist ein herausragender Akademiker, den ich stets um seine Energie beneidet habe. Mit den Fragen, die er einleitend an mich gerichtet hat, stellt er nur erneut seine Fähigkeit unter Beweis, zur Diskussion stehende Themen ohne Umschweife auf ihre Resultate hin zu befragen.

Wenn man von Verhandlungen spricht, herrscht im Allgemeinen die sinnbildliche Vorstellung, die türkische Delegation sowie die Delegation der Europäischen Union säßen zusammen an einem Tisch und verhandelten den ganzen Tag ein Kapitel, entwürfen Dokumente und veröffentlichten diese, kämen einstweilen zum Abschluss ihrer Sitzungen, um sie zu gegebenem Zeitpunkt erneut aufzunehmen. Doch führt uns hier der Begriff in die Irre, selbst wenn natürlich auch hier der wesentliche Auftrag darin besteht, den rechtlichen Besitzstand des jeweiligen Landes, d.h. Rechtssystem und Rechtssprechung in Einklang mit dem *Acquis Communautaire* zu bringen. Der potentielle Beitrittskandidat verpflichtet sich quasi damit zugleich in der Abhandlung von 35 Kapiteln zu dessen Übernahme.

An dieser Stelle wäre es sinnvoll sich der Frage zuzuwenden, was derzeit mit Blick auf die Türkei passiert? Zunächst sind alle Kapitel

auf die Vereinbarkeit mit dem gemeinschaftlichen Besitzstand hin durchgesehen worden. Diese Prozedur nennt man „Screening“. Noch währenddessen wurden der Türkei die Dokumente zum *Acquis Communautaire* präsentiert und übergeben. Im Gegenzug übermittelte die Türkei ihren Rechtsbestand an die Europäische Kommission. Dieser wurde innerhalb eines Jahres unter Mitwirkung von 66 Delegationen und etwa 2000 Bürokraten aus der Türkei in Brüssel mit dem bestehenden EU-Recht abgeglichen. Das Ergebnis der Angleichung von Recht und Gesetzgebung ist von der EU schriftlich festgehalten worden. Darunter befindet sich auch ein Bericht als Antwort auf die Frage, wie der gemeinschaftliche Besitzstand der EU in Bezug auf jedes einzelne Kapitel hin geregelt ist und inwiefern der Besitzstand der Türkei diesen entsprechen kann.

Über die einzelnen Punkte wird in der Türkei selbst verhandelt und so werden Gesetzesänderungen eingeleitet als auch neue Richtlinien erlassen, bevor man sich in einem erneuten Anlauf wieder an Brüssel wendet. Am Beginn neuer Verhandlungen trifft die Kommission dann eine Aussage darüber, wie viele der ausstehenden Bestimmungen nun erfüllt seien – nehmen wir an 17 von 35 – und beschränkt diese zugleich damit, dass an vier Punkten noch nachzubessern sei, um dem Ansinnen des gemeinschaftlichen Besitzstandes gänzlich zu entsprechen. Erneut werden hier Änderungen vorgenommen, bis die Auflagen erfüllt sind und das Kapitel als abgeschlossen betrachtet werden kann. So läuft das im Wesentlichen bei allen von uns als Verhandlung bezeichneten Verfahren ab.

Dass zeigt, dass die Verhandlungen im Wesentlichen im Land des Beitrittskandidaten stattfinden und nicht in Brüssel mit der Kommission. Grund dafür ist nicht zuletzt die Tatsache, dass die erfolgreiche Verabschiedung eines Gesetzes u.a. von der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, der Oppositionspartei im Parlament oder den Universitäten als Hort einer einflussreichen geistigen Elite abhängt. Natürlich kann es sein, dass nicht alle den Beitrittsprozess in gleicher Weise mittragen. Einige Sektoren, die sich zunächst benachteiligt fühlen, können aber durch Vorteile, die sie sich in Zukunft verschaffen werden, ihre möglichen Defizite ausgleichen. Dafür bedarf es allerdings gut funktionierender Kommunikationsstrategien. Verschiedene Meinungen sollten gleichberechtigt

nebeneinander bestehen, frei miteinander auszutauschen sein und jedem soll dabei Gehör gewährt werden.

Bis heute sind 10 Verhandlungskapitel mit der Türkei eröffnet worden, von denen erst eines abgeschlossen werden konnte. Betreiben wir ein bisschen Mathematik: wenn von 35 erst 10 eröffnet sind, bleiben noch 25, von denen wiederum 18 aus verschiedenen politischen Gründen derzeit auf Eis liegen, so dass sich unsere ganzen Bemühungen auf die Aufnahme von lediglich sieben weiteren potentiell zu eröffnenden Verhandlungskapitel richten.

Hierbei gilt es zudem einen sehr wichtigen Punkt zu beachten. Seit im Dezember 2006 acht Kapitel aus Gründen, die keinen direkten Bezug zu den Verhandlungen aufwiesen, von Seiten der EU blockiert worden sind, führte das die Türkei an einen Punkt, an dem sie zu entscheiden hatte, ob sie ihre Kandidatur gänzlich aufgeben oder sich mit den gegebenen Umständen arrangieren solle und auf diese Weise den Prozess weiterführen würde. An diesem Schneidepunkt war es uns durch eine Lösungsformel, die ich als ständiger politischer Vertreter und Vertreter der entsprechenden Institutionen persönlich vorgeschlagen habe, möglich, den heutigen aktuellen Stand der Verhandlungen zu erreichen. Aufgrund des gerade beschriebenen Umstands, dass die Verhandlungen selbst im Wesentlichen in unserem eigenen Land stattfinden, vertrete ich persönlich die Ansicht, keinen größeren Fehler begehen zu können, als dass wir versuchen unser Tempo und unsere Prioritäten denen der EU anzugleichen. In diesem Zusammenhang wäre es hier wichtig zu unterstreichen, dass die Türkei-EU-Beziehungen, deren 50. Jahr wir feiern – allerdings würde ich anstatt „feiern“ eher den Ausdruck „gewahrt werden“ vorziehen – keine weiteren 50 Jahre verkraften. Die festzusetzende Frist sollte demnach eine allseits akzeptable Zeitspanne umfassen. Selbstverständlich ist es weder korrekt noch möglich, irgendein Datum endgültig zu bestimmen, dennoch sollte man bedenken, dass jedem Menschen eine bestimmte Lebenszeit gewährt ist und es das gute Recht eines jeden Menschen ist, die Früchte seiner Bemühungen noch in dieser gegebenen Zeit zu ernten.

Aus diesem Grund haben wir mit Unterstützung der Regierung und Politik, die Belange sämtlicher Kapitel zur eigenen Verhandlungssache in unserem Land gemacht.. Ohne auf deren Eröffnung durch die EU zu warten, haben wir in der Türkei beschlossen, alles Notwendige zu unternehmen, was diesbezüglich zu tun sei. Somit ist am 17. April 2007 ein sehr umfassendes Programm zur Übernahme des EU-Besitzstandes verabschiedet worden. Darin ist ausführlich beschrieben, was beispielsweise bis Ende des Jahres 2013 wann wie zu erledigen sei. Um dieses Unterfangen zu stärken, haben wir im vergangenen Jahr das sogenannte „Dritte Nationalprogramm“ erarbeitet und mit dem Beschluss des Ministerrats im Offiziellen Amtsblatt veröffentlicht. Dort sind alle Schritte festgehalten. Ihnen zu folgen liegt nun bei uns.

Muzaffer Dartan: Sehr geehrter Herr Botschafter, könnten Sie uns bitte etwas genauer über die Inhalte des Nationalprogramms aufklären?

Volkan Bozkır: Selbstverständlich. Um es kurz zu fassen: das Nationalprogramm beschreibt die von der Türkei geplanten Maßnahmen zur Angleichung an den gemeinschaftlichen Besitzstand der EU. In dieser Phase sollte man die Diskussionen um die Frage, ob die Türkei Mitglied wird, und wenn sie es wird, was dann geschieht, bei Seite lassen. Wir haben uns nun auf einen Weg begeben, auf dem es kein Zurück mehr gibt. Die Europäische Union ist der fahrende Zug, auf den wir aufgesprungen sind, ein bedeutungsvolles Vehikel auf dem Weg zu unserem eigentlichen Ziel, nämlich dem einer demokratischen, laizistischen Republik, die Menschenrechte sowie die Hegemonie des Rechtsstaates respektiert und sich an der westlichen Zivilisation orientiert, so wie es bereits mit der Gründung der Türkei angedacht war. Zurzeit ist der Weg hin zur Europäischen Union der wirkungsvollste und vielleicht auch einzige Weg, dieses Ziel zu erreichen. Wenn wir unsere Bemühungen daraufhin ausrichten, es uns aus eigener Kraft gelingen sollte die Türkei gemessen an den Kriterien der Europäischen Union neu bzw. umzugestalten, dann erübrigt sich auch die Frage nach dem

umstrittenen Beitritt. Diesen brauchen wir momentan vor allem als Anreiz, denn die Aussicht auf Vollmitgliedschaft motiviert die politischen und gesellschaftlichen Kräfte. Von daher sollten wir, sowohl um diese Motivation aufrecht zu halten, als auch um die Türkei und unsere neuen Generationen ihrem verdienten Platz in der Zukunft näherzubringen, den Prozess der EU-Beitrittsverhandlungen fortsetzen und sie mit unseren eigenen Prioritäten, in unserem eigenen Tempo sowie mit unserem eigenen Ansinnen konformen Entscheidungen bis zu dem gewünschten Zielpunkt führen.

Herr Professor Dartan hatte mich darum gebeten, das Nationalprogramm eingehender zu erläutern. Es handelt sich dabei im Grunde um ein sehr gewichtiges Dokument. Seit dem Jahr 2000 bis heute sind drei Nationalprogramme verabschiedet worden, die alle in der Türkei große Erschütterungen ausgelöst haben. Seit neun Jahren habe ich den gesamten Prozess als einziger Bürokrat ununterbrochen mitverfolgen können. Obwohl ich nicht wirklich vor die Wahl gestellt worden bin, habe ich mich meinen Auftrag und meine Tätigkeit mit Interesse und Freude angenommen und setze sie in diesem Sinne noch immer fort. Ich habe an all den Reformen, den Nationalprogrammen und dem Dokument zur Beitrittspartnerschaft persönlich mitgewirkt.

Das Nationalprogramm ist im Grunde eine politische Zusage und eine Verpflichtung zu Maßnahmen, wie die Türkei EU-Mitglied werden kann. Es ist von daher nicht leicht gewesen, eine solche Art Anleitung zum Beitritt zu erarbeiten. Vor allem wenn wir uns die Türkei im Jahr 2000 erneut vor Augen führen, wird der bahnbrechende Auftrag des Nationalprogramms deutlich, dessen Inhalte bis ins kleinste Detail in mühsamer Feinarbeit immer wieder überdacht und angepasst und zusammengefügt worden sind.

An dieser Stelle ganz besonders zu würdigen ist das Engagement aller Mitwirkenden, zumal die Bemühungen um das Nationalprogramm in einer Zeit stattgefunden haben, in der die Regierung aus einer Koalition von drei politisch unterschiedlich orientierten Parteien bestand. Den heutigen Stand der Dinge haben wir inzwischen mit dem dritten Nationalprogramm erreicht.

In diesem letzten nun ist niedergelegt, wie die Türkei in der Zeit bis zum Jahr 2013 die Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstands der EU bewältigt, welche Reformen sie durchzuführen hat und welche Haltung sie den Entwicklungen gegenüber einnehmen, d.h. wo sie sich positionieren wird. Die Vorgaben dazu stammen von ganz oben, denn dieses Dokument ist sowohl vom Präsidenten selbst als auch von sämtlichen Ministern der Regierung unterzeichnet worden. Zuvor sind die Meinungen der verschiedenen Institutionen eingeholt worden, doch konnten trotz großer Anstrengungen nicht alle Standpunkte ins Programm aufgenommen werden.

Soweit zum heutigen, dem aktuellen Stand. Mit Ihrer Erlaubnis möchte ich an dieser Stelle meine Ausführungen beenden. Falls Herr Professor Dartan eine zweite Frage hat, werde ich mich aber gerne auch dazu äußern.

Muzaffer Dartan: Sehr geehrter Herr Botschafter, ich möchte tatsächlich noch eine weitere Frage an Sie richten. Sie haben uns erklärt, dass achtzehn Verhandlungskapitel blockiert worden sind. Könnten Sie bitte auf die Gründe dafür eingehen?

Ich frage dies insbesondere in Hinblick auf unsere deutschen Gäste, denn bei vorangegangenen internationalen Konferenzen sahen wir uns beim Verweis auf diesen Umstand immer wieder mit der Frage konfrontiert, ob die Türkei nicht in der Lage sei, den Anforderungen dieser Kapitel zu genügen. Ist das denn der tatsächliche Grund?

Volkan Bozkır: Der ganze Beitrittsprozess wird oft als eine Art technisches Verfahren betrachtet, aber sehr viele Faktoren spielen da noch mit hinein. Ein nicht zu unterschätzender Punkt ist hierbei die so genannte Einstimmigkeit der Union bei bestimmten Entscheidungsfindungen, was uns viele Steine in den Weg legt und das Ganze ziemlich verkompliziert. Aber nicht nur für uns, auch für die EU selbst wirkt sich dies problematisch aus. Dazu möchte ich Ihnen ein Beispiel geben: Von der schwerwiegenden Weltwirtschaftskrise war auch die Union in nicht unerheblichem Maße betroffen, insbesondere durch die verringerte Wachstumsrate. Um diesbezüglich

Maßnahmen ergreifen zu können, bedarf es regelmäßig der Zustimmung aller Mitgliedstaaten. Eine Gegenstimme kann reichen, um einen Beschluss zu kippen. Können Sie sich das vorstellen? Ein solches System ist weltweit einzigartig. Vergleichen wir die EU mit den USA, so kämpfen jenseits des Atlantik ein Minister, ein Parlament und ein Kongress, die zusammentreten, innerhalb von 15 Minuten eine Entscheidung fällen und diesen Beschluss schon in der 16. Minute in die Praxis umsetzen. Nicht so in der EU, wo es der Zustimmung von 27 einzelnen Ländern mit 27 einzelnen wirtschaftlichen und politischen Interessen bedarf, die jedes auf seine Weise bemüht ist in die Entscheidungsfindung mit einzubringen. Wenn sich ein Staat in seinen nationalen Belangen nicht ausreichend berücksichtigt fühlt, legt er Einspruch ein. Eine solche Konsensbildung kann keine echten Beschlüsse zu Tage fördern. Auch die halbjährlich rotierende Ratspräsidentschaft sehe ich als problematisch an. All das wirkt sich schließlich auch auf die Verwaltung aus und dies wiederum fällt – um hier den Bogen zu schlagen – auf die Verhandlungsprozesse zurück.

Um nun aber zu den derzeit 18 blockierten Verhandlungskapiteln zu kommen: es handelt sich dabei um politische, teilweise möchte man fast sagen subjektiv gefärbte Gründe. So werden beispielsweise die Forderungen eines kleinen Mitgliedstaates offen oder versteckt von einigen großen und einflussreicheren Ländern unterstützt und als Hauptproblem der Türkei in den Fokus gerückt. Ich möchte damit keinesfalls irgendjemandem etwas vorhalten oder ihm gar unterstellen im Unrecht zu sein. Uns wird das ohnehin nicht vom Kurs abbringen. Die Türkei wird in ihrer eigenen Entwicklung sich weiter an den Auflagen orientieren und die notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstandes ergreifen. Auch wenn die EU dabei z.B. das Kapitel zum Gesundheitswesen nicht eröffnen mag, werden wir doch alles daran setzen, die nötigen Standards zu schaffen. Zum Zeitpunkt der offiziellen Eröffnung werden wir dann schon gut vorbereitet sein und die auf ein Jahr angelegten Verhandlungen innerhalb von zwei Monaten abschließen können.

Man darf hierbei vor allem nicht vergessen, dass die unilateralen Beziehungen grundsätzlich interessengebunden sind. Diese Art von „Interesse“ mag für einige einen negativen Beiklang haben, doch sieht es so im wirklichen Leben aus. Auf allen Ebenen – von den familiären Bindungen einmal abgesehen – spielen gegenseitige Interessen eine bedeutsame Rolle. Wenn also sowohl die EU als auch die Türkei ein ernsthaftes Interesse aneinander hegt, dann werden beide Seiten um eine Vertiefung und Fortsetzung der gemeinschaftlichen Beziehungen bemüht sein. Falls sich dieses jedoch verliert, werden alle Beteiligten schon bei kleinsten Auseinandersetzungen leiden. Zum gegebenen Zeitpunkt halte ich es jedoch nicht für möglich, dass dieses gemeinsame Interesse aneinander erlischt, denn schließlich wirkt auch im gegenwärtigen Selbstbild der EU die Vision als Supermacht unter Mitgliedschaft der Türkei mit.

Ich denke, dass die EU mit ihrer aktuellen problembehafteten Lage auf eine neue Zukunft wartet. Einst schmeichelte sie ihren Mitgliedern und potentiellen Anwärtern mit einem Bild von verlockendem Wohlstand und Fortschritt. Heute bietet sie prekäres Konfliktpotential und hat sich in ein wackliges Gebilde verwandelt, das den allseitigen Ansprüchen nach der gescheiterten Ratifikation des Vertrags von Lissabon kaum standhalten kann.

Am besten vermittelt die „Theorie von den einheitlichen Gefäßen“ einen Eindruck, wie es um den derzeitigen Zustand der EU bestellt ist. Dazu müssen Sie sich verschieden geformte Gefäße vorstellen, die am unteren Ende allesamt miteinander verbunden sind. Ist der Flüssigkeitspegel in allen 27 Gefäßen konstant, dann können wir von einem ausgewogenen Gleichgewicht sprechen, von einer harmonischen Einheit also. Wehe aber eines der Gefäße springt oder bekommt auch nur einen Riss, dann hat es für das gesamte Konstrukt weitreichende Folgen und nimmt schlimmstenfalls ein böses Ende.

Muzaffer Dartan: Sehr geehrter Herr Botschafter, auch wenn die EU mit der Türkei im Zuge der Beitrittsverhandlungen anders verfährt als mit anderen Kandidaten – wie sich bspw. an dem Blockieren von 18 der Verhandlungskapitel zeigt – so läuft der Assoziierungsprozess in der Praxis doch weiter. Wie zeichnet sich die bis-

herige Leistung der Türkei aus bzw. wie hat man sich auf die bisher eröffneten Kapitel vorbereitet und inwieweit kann man dabei von den Erfahrungen anderer erfolgreicher Beitrittsländer profitieren?

Volkan Bozkır: Wie Sie, Herr Professor Dartan, bereits erwähnt haben, sah sich die Türkei seit Beginn des Jahres 2005 bis noch vor wenigen Monaten mit nicht zu unterschätzenden innenpolitischen Problemen konfrontiert. Diese Spannungen lenkten das Hauptaugenmerk weg vom Beitrittsprozess, was jedoch keinesfalls bedeutet, dass die Beziehungen zur EU damit auf Eis gelegt waren. Unseren Verpflichtungen bleiben wir uns durchaus weiterhin bewusst, nur erforderten sie noch mehr politischen Willen und Anstrengungskraft. Immerhin haben wir es geschafft, uns in dieser schwierigen Phase zehn neuen Verhandlungskapiteln zu widmen, wobei nur das Ringen um ein einziges davon schon zehnmal mehr Einsatz von uns erfordert als beispielsweise unser Mitstreiter Kroatien zu investieren hat.

Zum Jahresbeginn kamen der türkische Staatspräsident, der Ministerpräsident sowie der Vorsitzende der Opposition nach Brüssel und signalisierten nicht zuletzt durch ihre physische Präsenz die Bereitschaft sich aufs Neue mit verstärktem Interesse in den Beziehungen zur EU zu engagieren. Die geschlossene Einheit von Regierung und Opposition verlieh dabei ihrem Auftritt an Glaubwürdigkeit. Ohne den politischen Willen der Führungsspitze gibt es keinen Fortschritt. Auch deshalb blicken wir mit mehr Zuversicht in die Zukunft.

Positiv zu verzeichnen ist im Zuge dessen auch die Ernennung eines neuen federführenden Unterhändlers in den Beitrittsverhandlungen, mit dem erstmals ein Minister eigens für den Zuständigkeitsbereich der EU-Angelegenheiten aufgestellt worden ist. Ich finde das sehr wichtig, will damit aber in keinsten Weise den Verdienst der bisherigen Unterhändler in den Verhandlungen abstreiten. Ohne sie wären wir erst gar nicht so weit gekommen, wären wir heute nicht da, wo wir jetzt stehen. Doch einen ständigen türkischen Vertreter für EU-Angelegenheiten in Brüssel zu wissen, gibt uns mehr Zuversicht und Rückhalt. Seine Handlungsvollmacht kann bei

dringenden Aufgaben vor Ort in kürzester Zeit greifen; er kann die entsprechenden Mechanismen umgehend in Gang setzen.

Ich will hier auf Prof. Dartans Frage zurückkommen. Wo diese günstigen Bedingungen nun einmal vorhanden sind, ist es an der Zeit nach vorne zu schauen. In dieser Phase müssen die Verhandlungsstrukturen nachhaltig gestärkt werden. Bestehende Aufgabengebiete müssen neu definiert und mit Experten besetzt werden, deren Befugnisse klar zu umreißen und gegeneinander abzugrenzen sind, um eine angemessene Koordination auf allen Verhandlungsebenen zu gewährleisten. Dieser zukunftsweisende Prozess vollzieht sich derzeit, wie ich mit Genugtuung feststellen kann.

Nun ist hier ein wichtiger Punkt, auf den bereits Prof. Dartan hingewiesen hat. Zehn von zwölf der EU zuletzt beigetretenen Länder sind ehemalige Ostblockstaaten, die in mühevollen Verhandlungen ihre eigenen intensiven Erfahrungen sammeln und aufschlussreiche Kenntnisse hinsichtlich der Beitrittsverfahren erwerben konnten. Nicht alle am Prozess Beteiligten sind dabei in der Kommission zum Einsatz gekommen, so dass hier ein Potential an Expertise schlummert, das wir uns nun zu Eigen machen bzw. deren Fach- und Sachverständige wir uns beratend an die Seite holen können. Auch auf Ressourcen aus den Gründerstaaten sollten wir unser Augenmerk richten, um im Verhandlungsprozess von deren Know How zu profitieren.

Muzaffer Dartan: Sehr geehrter Herr Botschafter, Sie haben gerade das Thema der gegenseitigen Bezugnahme zum Ausnutzen eigener Vorteile im Verhandlungsprozess erläutert. Ausschlaggebend ist jedoch auch die sich von Zeit zu Zeit ändernde Einstellung der Europäischen Union zum Erweiterungsprozess, die so beispielsweise in wirtschaftlich günstigen Zeiten diesem besonders positiv gesonnen ist. Im Allgemeinen lässt sich wohl sagen, dass das Bewerberland beständig abschätzt, in welcher Weise es sich von der Union Vorteile verschaffen kann, sowie sich auch die Europäische Union Gedanken darüber macht, was ihr das Bewerberland einbringen könnte. Dabei ist es nur natürlich, dass sich die Beitrittsver-

handlungen beschleunigen, wenn gegenseitige Vorzüge festgestellt werden.

Eines der wichtigsten Defizite für die Türkei, wenn nicht gar das wichtigste, ist als Resultat der schwachen Lobby-Aktivitäten die herrschende Meinung, dass die Mitgliedschaft der Türkei die Union negativ beeinflussen wird. Welche Vorteile ihr Beitritt der Europäischen Union einbringen kann, ist demgegenüber nicht wirkungsvoll zur Sprache gebracht worden. Wir alle wissen das und können diese Tatsache sogar unter den deutschen Gästen hier im Saal einer Probe unterziehen. Wenn beispielsweise die Frage gestellt werden würde: „Herr Botschafter, Sie wollen die EU-Mitgliedschaft und sprechen von einer starken, aussichtsreichen Türkei, aber was wird die Türkei im Falle einer Mitgliedschaft zu der Union beitragen?“ Was würden Sie antworten?

Volkan Bozkır: Deutschland ist ein sehr wichtiger Bündnispartner für die Türkei und ohne seine Zugrolle wären die Verhandlungen 2005 vielleicht nicht aufgenommen worden. Damals hat Deutschland die Türkei sehr stark unterstützt. Zwar wechseln mit den Regierungen auch die Gesinnungen, aber agiert wird dennoch im Großen und Ganzen sehr umsichtig. Grund dafür sind wohl im Wesentlichen die in Deutschland lebenden und aus der Türkei stammenden Menschen mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Außerdem kommt Deutschland eine entscheidende Schlüssel- und richtungsweisende Führungsrolle in der Entwicklung der EU zu. Wir sollten uns also gut miteinander verstehen.

Das, was ich jetzt sagen will, kann vor allem Deutschland sehr gut nachvollziehen. Mit Auflösung der Sowjetunion ist die Welt nicht nur um eine Supermacht ärmer geworden, sondern hat sich zugleich auch das Kräftegewicht verschoben. Die neue Struktur sorgte international für Unruhen und Missbilligung, vor allem was das Vorgehen der USA als verbleibende Supermacht in Krisengebieten und Konfliktsituationen betrifft. In ihrem Alleingang widersetzten sie sich den tradierten Prinzipien der gemeinsamen Abstimmung im Weltsicherheitsrat oder der NATO, wonach jeder bewaffnete Einsatz einer völkerrechtlichen Legitimation bedarf. Mit ihrem

unverantwortlichen Grundsatz „Zunächst handeln, dann denken.“ haben sie zur Verhärtung von Fronten und dem Misstrauen gegenüber der westlichen Welt beigetragen und den weltweiten Friedensprozess in eine schwere Krise gestürzt. Extreme politische Spannungen und offene Anfeindungen belasten die internationale Diplomatie, in der die Europäische Union den Platz einer neuen Supermacht im transatlantischen Bündnis einnehmen sollte, um das fehlende Gleichgewicht wieder herzustellen und der latenten Ignoranz eine neue moralische Kontrollinstanz entgegen zu setzen. Die mit Gründung der EU in ihr niedergelegten philosophischen und von mir hochgeschätzten Werte reichen jedoch nicht aus, um eine Supermacht zu repräsentieren. Um eine solche zu verkörpern, bedarf es vor allem wirtschaftlicher Stärke. Dabei ist die Wirtschaftskraft eines einzelnen Landes nahezu unbedeutend. Schauen wir uns Deutschland an, das als einer der wenigen Staaten die Krise relativ unbeschadet überstanden hat. Doch auch wenn es hierzulande keine Insolvenz zu verzeichnen gab, so braucht man doch verlässliche Außenhandelspartner. Probleme in anderen Ländern führen damit automatisch zu Problemen im eigenen Land. Genauso ist es mit den Supermächten. Die eigene Stärke baut auf den Möglichkeiten derer auf, die einen umgeben und unterstützen.

Die Türkei kann der Union in Zukunft auf verschiedene Weisen dienlich sein. Zum Einen bildet ihre über 70 Millionen umfassende Bevölkerung einen großen Absatzmarkt. Die eigene Wirtschaft basiert auf den Prinzipien der freien Marktwirtschaft und auf diesem Markt wiederum tummeln sich viele tüchtige und kreative Unternehmer und interessierte, zahlungsfähige Abnehmer für neue Technologien. Die wirtschaftlichen Beziehungen beruhen damit auf einer gegenseitigen Vorteilnahme. Aber auch was die Arbeitskraft betrifft, kann die Türkei einen nicht unerheblichen Beitrag leisten sowohl für die Weitergabe an jungen, gut ausgebildeten als auch für die Aufnahme an qualifiziertem Fachpersonal. Europa hat das Problem einer schwindenden Bevölkerung und damit einem Manko an leistungsstarken Arbeitskräften in einer fortschrittlichen Wirtschaft. Die Befürchtung „Bei Mitgliedschaft der Türkei werden 70 Millionen den europäischen Markt fluten und das eigene Land entleeren“ scheint mir in diesem Zusammenhang sehr deplatziert. Wie gesagt,

bietet durchaus auch die Türkei als dynamischer, innovativer und ausbaufähiger Standort ein interessantes Entwicklungspotential für europäische Konzerne, Führungskräfte und leistungswillige Arbeitnehmer. Ähnliche Bedenken wurden damals auch gegenüber Polen geäußert. Es wurde prophezeit, die Hälfte der polnischen Bevölkerung würde nach Europa auswandern. Ja, viele sind gekommen, aber viele sind auch zurückgegangen, denn was ist passiert? In Irland wurde eine Fabrik stillgelegt und in Polen wieder aufgebaut. Die Menschen finden Arbeit somit auch im eigenen Land. Auch die Tschechische Republik stellt so ein Beispiel dar. Natürlich ist eine verstärkte Mobilität zu verzeichnen, doch keinesfalls – wie zuvor angenommen – nur einseitig. Noch deutlicher gesagt: alles wird durch Angebot und Nachfrage bestimmt und austangiert.

Auch beim Thema der natürlichen Rohstoffe führt kein Weg an der Türkei vorbei. Eine Supermacht muss ihre Energiestraßen und Ressourcen gesichert wissen. Deutschland hat das durchlebt. Die Türkei sitzt nah an den Quellen der größten Erdöl- und Erdgasressourcen weltweit. Sie ist die beste Antwort auf die Frage, wie diese Rohstoffe auf dem sichersten Weg in die EU befördert werden. Einen sichereren Weg kann ich mir nicht vorstellen.

Der vierte Pluspunkt liegt im Bereich der militärischen Sicherheit. Die Türkei besitzt eine kompetente, durch jahrelange Terrorbekämpfung erfahrene, gut ausgebildete und äußerst starke Streitmacht. Heute finden sich kaum Bewerber für die mit 60.000 Berufssoldaten angedachte Europaarmee. Die eigene Jugend dahin abzustellen, war sogar Grund für das Veto einer irischen Volksabstimmung. Doch diese bildet keine Gefahr und wir als Türkei können hier eine hilfreiche Stütze anbieten. Das sollte als positiver Faktor bedacht werden.

Muzaffer Dartan: Herr Botschafter, vielen herzlichen Dank für die Ausführungen. Es scheint noch viele Fragen aus dem Publikum zu geben. Die uns zur Verfügung stehende Zeit wird zwar knapp, aber mit Ihrer Erlaubnis würde ich doch gerne noch einige Wortmeldungen entgegennehmen.

Frage 1: Herr Botschafter, Sie sagten, Deutschland und die Türkei seien seit langen Jahren enge Verbündete. Ich glaube jedoch nicht, dass dies noch auf Regierungsebene zutrifft. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel bietet der Türkei, die bereits 1959 ein Mitgliedschaftsantrag gestellt hat, ganz offen eine „Privilegierte Partnerschaft“ an und wird dabei von dem französischen Präsidenten Sarkozy unterstützt. Meine Frage ist: „Gibt es noch andere EU-Mitgliedsstaaten, die diesem Modell zustimmen? Und wenn sich dieses durchsetzen sollte, was wären dann aus der Sicht der Türkei die Vor- und Nachteile?“ Ich bedanke mich sehr.

Volkan Bozkır: Zuerst will ich mich zum Thema Privilegierte Partnerschaft äußern. Sie ist für die Türkei inakzeptabel, davon kann nicht die Rede sein. Wir besitzen eine derartige Partnerschaft de facto schon seit 1963. Zwischen EU und Türkei ist erfolgreich eine Zollunion außerhalb der offiziellen Mitgliedschaft errichtet worden, womit die Bereitschaft zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf beiden Seiten besiegelt wurde und wir unsere Anpassungsfähigkeit entgegen vieler Erwartungen und böser Zungen bewiesen haben. Wir haben unsere Industrie aufgerüstet, den Markt umstrukturiert und unsere Wirtschaft damit wettbewerbsfähig gemacht. Sie hat heute in der Zollunion ein Handelsvolumen von 100 Milliarden Euro, wovon 85 Prozent auf industriell erzeugte Güter entfallen. Verglichen mit anderen Ländern ist das einzigartig. Neue Mitgliedsstaaten haben Schwierigkeiten, sich der Zollunion anzupassen, obwohl sie von den Finanzhilfen der EU profitieren. Ohne diese hat es die Türkei aus eigenen Mitteln, mit eigener Kraft und Beharrlichkeit geschafft.

Nun was bringt uns also diese so genannte privilegierte Partnerschaft? Noch ein paar Zugeständnisse in politischer und militärischer Hinsicht? Nein danke, soweit sind wir schon. Es gibt quasi nichts Neues, Attraktives, was uns in diesem Zusammenhang angeboten wird. Vielleicht klingt der Ausdruck einfach nur schön im Deutschen oder Französischen; nicht aber so im Türkischen. Für uns klingt es nach Übervorteilung. Wir haben den Flug nach New

York gebucht und man nennt uns während der Reise als neues Ziel Madrid. Ich sitze mit gelöstem Fahrschein im Zug Richtung Brüssel und erhalte das Angebot für die Business Class nach Moskau. Dem widersetzen wir uns. Selbstverständlich mögen das Regierungschefs aus Popularitätsgründen artikulieren, die über 50jährigen Beziehungen zwischen den Ländern sollten davon jedoch unberührt bleiben. In diesen fünfzig Jahren nämlich kamen und gingen viele. Und viele noch werden kommen und gehen. Das Wichtigste ist der Fortbestand des wechselseitigen Interesses auf Staatsebene und dieses ist genau der Grund, weshalb auch eine Frau Merkel nach Amtsantritt ihre Aussagen sondieren muss und zu differenzieren hat. Das Gleiche gilt auch für ihren Kollegen Sarkozy.

Die Namen können sich ändern, aber die Grundlinien in den unilateralen Beziehungen zeigen sich richtungsweisend. Wir dürfen unser einmal gesetztes Ziel nicht aus den Augen verlieren und müssen immer schon einen Schritt vorausdenken, den Weg weitergehen, den wir beschritten haben und uns dabei weder verunsichern noch ablenken lassen. Nur so werden wir eines Tages auch da ankommen, wo wir hin wollten.

Frage 2: Herr Botschafter, ich bin Lehrer und davon überzeugt, dass die Türkei in der europäischen Familie ihren Platz inne hat. Dabei argumentiere ich geistes- bzw. kulturgeschichtlich. Anatolien als Freilichtmuseum mit unzähligen Spuren des Oströmischen Reiches und damit unmittelbarer Teil europäischer Geschichte und Kultur konnte ich selbst erleben und entdecken. Doch weder die deutsche, noch zweifle ich anzunehmen eine andere europäische Öffentlichkeit sind über diese Tatsachen ausreichend informiert. Liegt also das Hauptproblem in der gegenseitigen Wahrnehmung an mangelndem Interesse oder einer defizitären Bildung bzw. eines Bildungssystems als Ganzem? An unserem Gymnasium gibt es Schüler und Schülerinnen mit türkischem Migrationshintergrund, ebenso begegne ich diesen Menschen auf der Straße und sehe, dass sie sehr wohl ein fester Bestandteil der deutschen Öffentlichkeit geworden sind. Zugleich sehe ich aber auch die vielen Vorurteile der Aufnahmegesellschaft, die auf schlichter Unkenntnis gründen

und dringender Aufklärungsarbeit bedürfen. Der wirksamste Weg wären hierbei die Verbesserung der Bildungsstandards und verstärkte Bemühungen zur Integration von Türken der dritten und vierten Generation. Leider stellt sich aber gerade deren Situation was Bildung angeht nicht sehr aussichtsreich dar, was wiederum zu Anpassungsschwierigkeiten in den verschiedensten Lebensbereichen beiträgt.

Auch in der Türkei ist es nach meinem Kenntnisstand nicht besonders gut um die Bildung bestellt, obwohl durchaus die Notwendigkeit der Aufklärungsarbeit besteht, was die Zu- und Zusammengehörigkeit der europäischen Großfamilie betrifft. Genau wie die Integration der Türken in Deutschland dürfte die Integration der Türken in die europäische Gemeinschaft sehr schwer fallen, wenn es beispielsweise noch immer eine sehr hohe Analphabetenquote insbesondere unter den türkischen Frauen gibt.

Als Schlagwort möchte ich zudem noch das so genannte „lebenslange Lernen“ einbringen, das im Rahmen der Forderung nach mehr Lernerautonomie und der Fähigkeit zum Erwerb von Strategien zum selbstständigen Wissenserwerb in letzter Zeit verstärkt Beachtung erfahren hat. Welche Chancen sehen Sie darin für die kulturelle Partizipation?

Verzeihen Sie, dass meine Frage etwas lang ausgefallen ist, aber all diese Dinge liegen mir doch sehr am Herzen. Ich würde gern die Meinung des Herrn Botschafters zu diesen Themen erfahren und bedanke mich schon im Voraus für die Antwort.

Volkan Bozkır: Für die Türkei stellt die Bildung der Bevölkerung ein erstrangiges Ziel, sei es in Bezug auf den Beitrittsprozess oder den dahingehenden Ehrgeiz, die Standards westlicher Gesellschaften zu erreichen. Die Bewältigung jedes Problems führt zuerst über die Bildung. Als ich vor neun Jahren mein Amt antrat, war mein erster Gast der Hauptunterhändler Sloweniens. Er fragte mich, wie viele Universitäten es in der Türkei gäbe. Als ich ihm sagte, es befänden sich zehn Universitäten in Ankara, wollte er wissen, wie viele Universitäten es insgesamt seien. Ich sagte ihm, dass ich jeden Morgen, wenn ich in mein Büro käme, mich zuerst über das Wetter

erkundige und dann darüber, ob wieder eine Universität gegründet worden sei. Ich teilte ihm mit, dass mittlerweile 86 Universitäten existierten, und dass die Hochschulen bemüht sind der steigenden Nachfrage nach Studienplätzen bei der jungen türkischen Bevölkerung gerecht zu werden. Mein Gesprächspartner meinte, dass es in seinem Land nur zwei gäbe, und dass, sollte Slowenien der EU beitreten, dieser Zustand eine Weile unbemerkt bleiben würde, bis vielleicht die Verhandlungen mit der Türkei es enthüllen würden. Die Zahl der Universitäten belief sich also damals auf 86, aber heute – Prof. Dartan hatte bereits darauf verwiesen –, sind es schon über 130. In jeder Stadt befindet sich mindestens eine Hochschule. Man könnte einwenden, dass ihr Niveau je nach Standort stark variiert. Selbstverständlich reichen nicht alle universitären Einrichtung an die tradierten Institutionen in Ankara oder Istanbul heran, aber das ist durchaus akzeptabel und auch in anderen Ländern gang und gäbe. Es bedarf etwas Geduld mit der fachlich-personellen Besetzung wie der technischen bzw. materiellen Ausstattung der neu gegründeten Hochschulen. Dieser Auftrag wird sehr ernst genommen und so werden auch sie sich entwickeln und ihren eigenen Beitrag zum städtischen Leben leisten, deren Bevölkerungs- und Infrastruktur sich dadurch wandelt. Jungen Menschen wird vermehrt die Möglichkeit geboten in ihrer Heimat eine akademische Ausbildung zu absolvieren und im Anschluss daran zum regionalen Aufbau bzw. zur Entwicklung wirtschaftlicher Vielfalt beizutragen. Ich bin überzeugt, dass dieser Prozess einen wesentlichen Beitrag zur Aufhebung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gefälles im Land selbst leisten wird.

Des Weiteren wurde nach der Benachteiligung von Frauen bzw. deren erschwerten Zugang zu Bildung gefragt. Um die Grundausbildung zu gewährleisten laufen derzeit verschiedene wichtige Kampagnen auf Initiative der Regierung. Beispielhaft dafür sind „Haydi Kızlar Okula“ oder auch „Haydi Çocuklar Okula“. Die Familien, die ihre Kinder zur Schule schicken, werden dabei staatlich unterstützt, indem ihnen eine positive Sonderbehandlung zugestanden wird. Bei den Mädchen beläuft sich die Unterstützung auf das Doppelte der Jungen und die finanzielle Hilfe wird direkt der Mutter ausgehändigt. Belegt werden muss dazu die Teilnahme am

Unterricht. Positive Ergebnisse wurden bereits erzielt. Je mehr sich eine neu definierte Rolle der Frau in der Wirtschaft, im sozialen Leben und in der Familie verfestigt, desto mehr werden sie selbst in der Türkei zur weiteren Entwicklung beitragen. Dazu gehört deshalb auch, dass Frauen nach ihrer grundständigen Ausbildung Studien-, Weiterbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten in Aussicht gestellt werden.

Damit möchte ich auch zum letzten Punkt, nämlich dem des lebenslangen Lernens kommen. Es gibt in unserem Land leider viele Menschen, die zum Teil aus finanziellen Gründen, aber auch aufgrund ungeeigneter Rahmenbedingungen nicht die Möglichkeit haben, sich den Themen zuzuwenden oder sich intensiv damit zu beschäftigen, wofür sie ein ernsthaftes Interesse aufbringen. Diese Leidenschaft und Energien bergen Potential, das wir uns zu Eigen machen sollten, indem wir diese Menschen fördern und Bedingungen schaffen, die lebenslanges Lernen ermöglichen und fördern. Das Bildungsniveau landesweit zu verbessern liegt uns wirklich am Herzen und alle Ideen, Vorschläge und Projekte dieses Ziel umzusetzen, sind uns herzlich willkommen.

In diesem Zusammenhang erwähnen könnte ich noch, dass trotz dieser großartigen Kampagnen und dem Aktionismus in unserem Land das Verhandlungskapitel zu Bildung und Kultur aufgrund des Einspruchs eines kleinen Landes trotzdem nicht eröffnet werden konnte. Dennoch schauen wir positiv in die Zukunft und ich glaube, auch diese Blockade wird mit der Zeit überwunden werden können.

Frage 3: Herr Botschafter, ich bin Rechtsgelehrter und hätte zwei kurze Fragen. Welche Rolle sollte den europäischen, vor allem aber der deutschen Medien während des Beitrittsprozesses zukommen? Ich kenne eine in Bremen herausgebrachte Zeitung, deren Nachrichten über die Türkei zu 98 Prozent, und das sage ich mit Sicherheit, zu 98 Prozent negative Beiträge sind. Welche Aufgabe sollten die Medien im Beitrittsprozess übernehmen? Die zweite Frage hat mit dem stereotypen Bild der Türkei zu tun. Die Türkei hat nicht nur Döner und Kebab. Sie hat auch bemerkenswerte kulturelle Leistungen vorzuweisen oder besondere Errungenschaften in den schönen

Künsten beispielsweise. Was sollte getan werden, um diese verstärkt publik zu machen? Welche Forderungen kann man diesbezüglich an Botschaften, Konsulate und Auslandsvertretungen stellen? Danke sehr.

Muzaffer Dartan: Vielen Dank für die Wortmeldung. Herr Botschafter, wenn Sie erlauben, will ich dieser eine weitere Frage hinzufügen. Bei akademischen Veranstaltungen wie Konferenzen oder Seminaren, die wir organisieren, bekommen wir immer wieder folgende Worte zu hören: „Die Türkei kann sich nicht ausreichend präsentieren. Der Prozess der Präsentation ist nicht kontinuierlich. Erst wenn eine Situation entsteht, in der die Türkei benachteiligt wird, entwickelt sich eine Art Abwehrmechanismus. Aus Ankara und Istanbul kommen dann Delegationen, Versammlungen mit den Zuständigen finden statt und dann kehrt man wieder zurück, bis erneut in der gleichen Angelegenheit Probleme auftauchen, sei das in den unfairen Verfahrensweisen der Türkei gegenüber, die Zypern-Angelegenheit oder die Diskussion um die Armenienfrage betreffend. Würde die europäische Öffentlichkeit durchgehend über die Türkei informiert, dann würden Agitationen gegen sie nicht so erfolgreich ausfallen. Das bringt uns Türkeifreunde auch sehr oft in Bedrängnis. Warum entwickelt die Türkei in diesem Sinne nicht etwas Vergleichbares wie das Goethe-Institut, das spanische Cervantes-Institut oder das französische Kulturinstitut?“

Herr Botschafter, Sie kennen bestimmt auch diese oder ähnliche Ratschläge. Wenn man davon ausgehen muss, dass der Prozess der Beitrittsverhandlungen sich über längere Zeit hinziehen wird, möchte ich doch gern wissen, ob bei den staatlichen Institutionen, allen voran das Außenministerium, Ansätze dafür existieren, den genannten Modellen ähnliche Zentren zu gründen. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie Ihre Meinung dazu mit uns teilen könnten.

Volkan Bozkır: Der Informationsaustausch ist sehr wichtig und das A und O in dieser Sache. Dem Wesen nach gibt es allerdings zwei Seiten beim Informationsaustausch. Die erste betrifft den Um-

lauf oder besser gesagt die Verbreitung von Informationen innerhalb des Landes und die zweite meint die Präsentation der Türkei im Ausland. Genauso wie man innerhalb der Türkei über verschiedene Themen diskutiert, so sollte man auch über die EU diskutieren können: „Was ist das für ein Konstrukt? Was für Vorteile wird es mit sich bringen? Was für Nachteile? Welche Probleme können dadurch entstehen?“ Solch eine offene Diskussionsplattform muss neu erschaffen werden. In jeder Stadt müssen Hochschulangehörige und Bürger genauso wie Vertreter von Kanzleien, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und Gemeinden zusammenkommen und sich mit diesen Themen auseinandersetzen. Dabei geht es nicht darum zu überzeugen, sondern jeder soll frei seine Meinung dazu äußern können, ohne einander zu verärgern, anzugreifen und zu verletzen. Während dieser Diskussionen soll jeder der Sache näher kommen. Über unklare Punkte sollte man sich bei höheren Instanzen informieren. Der Informationsaustausch, die Debatten, das einander Zuhören und der richtige Umgang mit Kritik sind dabei unumgänglich.

So auch in Europa. Die herkömmliche Version der Repräsentation unseres Landes ist in der Tat die, dass man eine türkische Volkstanzgruppe, einen türkischen Musiker einlädt oder eine Ausstellung organisiert usw. Zweifelsohne sind das auch Formen der Präsentation, die jedoch angesichts der bestehenden Verhältnissen um einige elementare Komponenten zu erweitern sind. Wir brauchen, wenn man so sagen darf, organisierte Fachgruppen, die sich mit Vertretern ihres Bereichs zusammensetzen und ihre Auffassungen und Einstellungen zum Thema anschaulich darlegen und begründen. Dabei kommt den Medien selbstverständlich eine wichtige Rolle zu. Ohne die Medien kann man heute kaum von Informationsaustausch sprechen. Es gibt Leute, die sich für, aber auch solche, die sich gegen eine Instrumentalisierung der Medien aussprechen. Tatsache ist, dass wir der breiten Bevölkerung unsere Erfolge, unsere Vorhaben oder auch unsere Botschaften ohne die Medien kaum weiterleiten und vermitteln können. Die Beziehungen zu den Medien sind deshalb sehr wichtig, weshalb ein regelmäßiger Nachrichten- und Informationsfluss zu gewähren ist. Dabei darf nicht vergessen werden, dass auch Publizisten nur ihre Arbeit machen und bei

der Annahme von fehlerhaften Darstellungen, sollte man anstatt sich zu ärgern, lieber sofort um eine eigenständige Berichtigung und die Weitergabe adäquater Informationen bemüht sein. In dieser Hinsicht tragen nicht nur die Botschaften oder das Außenministerium Verantwortung, sondern es ist unerlässlich, dass alle Institutionen und Interessengemeinschaften Beziehungen zu den Medien unterhalten und ihre Kontakte pflegen.

In der Türkei haben wir selbst gelegentlich Defizite in Sachen Informationsaustausch. Die Gruppen, die am Anfang der Beitrittsverhandlungen aktiv waren, haben in letzter Zeit ihre Tatkraft verloren. Aber ich weiß, dass man in naher Zukunft wichtige Entschlüsse fassen und sie umsetzen wird, und dass die Informationsgruppen sich dann wieder aktiv einschalten werden. Ich glaube auch, dass unsere Medien mit ihnen gemeinsam uns gute Dienste leisten werden. Vielen Dank.

Muzaffer Dartan: Ja, vielen herzlichen Dank auch an Sie, Herr Botschafter! Sehr geehrte Gäste, ich bitte um Ihr Verständnis: Da wir haben die uns zugeteilte Zeit erheblich überschritten haben, müssen wir unsere Sitzung nun beenden. Ich weiß, dass es noch viele Fragen gibt, aber dieses Thema ist auch der Hauptgegenstand unserer vierten Sitzung, die morgen Nachmittag stattfinden wird. Wir werden dann die Möglichkeit haben, Ihre Fragen noch ausführlich zu diskutieren.

Im Namen der Organisatoren dieser Konferenz, der Marmara-Universität, der Universität Bremen und des ZIS, sowie im Namen unserer Gäste bedanke ich mich sehr bei Herrn Volkan Bozkır, der trotz seines vollen Arbeitsprogramms von Brüssel nach Bremen gekommen ist und uns reichlich Informationen über die aktuelle Lage der Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union und über die weiterlaufenden Verhandlungen zuteilwerden ließ.

Muzaffer Dartan: Liebe Gäste, der erste Redner der Sitzung zum Thema „Türkisch - Deutsche Beziehungen und die Europäische Un-

ion“, der EU-Botschafter Volkan Bozkır, hat uns detaillierte Informationen gegeben über den Verlauf der Beitrittsverhandlungen, die seit 2005 mit der EU geführt werden. Volkan Bozkır ist ständiger Vertreter der Türkischen Republik bei der Europäischen Union und hat uns nicht nur Einblicke in den Prozess der Beitrittsverhandlungen gewährt, sondern auch Aussagen darüber getroffen, welche Fortschritte erzielt worden sind und mit welchen Problemen man sich konfrontiert gesehen hat. Weiterhin hat er betont, dass es für den Erfolg des Beitrittsvorhabens unabdingbar sei, dass dieses sowohl von Seiten aller öffentlichen wie privaten Einrichtungen und Institutionen als auch von der Regierung gemeinsam mitgetragen wird.

Als zweiten Redner dieser Sitzung können wir Herrn Dr. Onur Öymen begrüßen. Auch er ist ein hochgeschätzter Botschafter und hat als Mitarbeiter des Außenministeriums der Türkischen Republik zahlreiche wichtige Ämter bekleidet, wie unter anderem das des türkischen Botschafters in Bonn. Derzeit leistet er seinen Beitrag als Abgeordneter des türkischen Parlaments mit dem stellvertretenden Vorsitz in der Kommission für Außenbeziehungen. Wir freuen uns, dass er unserer Einladung zur Teilnahme an der Bremer Konferenz nachgekommen ist. Bereits zuvor hat Dr. Onur Öymen an zahlreichen internationalen Veranstaltungen im In- und Ausland teilgenommen, die von dem Europa-Institut der Marmara Universität organisiert worden sind. Mit seinen Beiträgen hat er diese stets effektiv zu unterstützen gewusst. Deshalb möchte ich es nicht versäumen ihm noch einmal persönlich wie auch im Namen des Instituts meinen herzlichen Dank auszusprechen. Nun will ich jedoch das Wort Herrn Dr. Onur Öymen selbst überlassen, der über die aktuellen Entwicklungen der türkisch - deutschen Beziehungen berichten wird.

Onur Öymen: Ich danke Ihnen.

Liebe Gäste, ich begrüße Sie alle von Herzen. Besonders möchte ich Herrn Prof. Dr. Muzaffer Dardan und dem Europa-Institut der Marmara Universität, das auch für frühere Veranstaltungen verschiedener Art federführend war, meinen Dank für die Organisation

einer derart wichtigen internationalen Konferenz aussprechen. Ebenso danke ich zutiefst dem Rektor der Universität Bremen, Herrn Prof. Dr. Wilfried Müller, für seine Unterstützung dieser Veranstaltung. Auch möchte ich meine Freude darüber äußern, dass die Konferenzen zum Thema „Türkisch - Deutsche Beziehungen und die Europäische Union“, die von der Marmara Universität und der Universität Bremen gemeinsam durchgeführt werden, eine ständige Fortsetzung erfahren. Weil auch ich von Anfang an zu dieser Konferenzreihe eingeladen war, verfolge ich deren Verlauf aus nächster Nähe und messe ihr große Bedeutung bei. Ich denke, je mehr solche und ähnliche Veranstaltungen interuniversitär bzw. unter Beteiligung verschiedener Institutionen und Organisationen durchgeführt werden und je mehr sie an Kontinuität gewinnen, desto besser und facettenreicher lassen sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern analysieren. In diesem Zusammenhang will ich auch Herrn Prof. Dr. Hagen Lichtenberg von der Juristischen Fakultät der Universität Bremen meine Glückwünsche zu dieser Konferenz aussprechen. Ebenso möchte ich den türkischen EU-Botschafter und den türkischen Generalkonsul begrüßen.

Sehr geehrte Gäste,

wie Herr Prof. Dartan schon angesprochen hat, konnte ich bereits an vielen solcher Konferenzen teilnehmen – in der Türkei, in Deutschland wie auch in anderen Ländern. Mit unserem EU-Botschafter, Herrn Volkan Bozkır, tauschen wir regelmäßig unsere Gedanken aus. Zum großen Teil kann ich seine Ansichten befürworten, aber ich denke, dass die Zeit gekommen ist, einen etwas anderen Ton anzuschlagen. Bis jetzt war es auf bilateralen bzw. internationalen Treffen üblich, dass sich jeder stets bemüht zeigte, seine eigenen Auffassungen best möglich zu verteidigen und diese als alleinige Wahrheit hinzustellen vermochte. Man selbst wähnte sich im Recht und bezichtigte die Gegenseite der Fehler und wies damit die Verantwortung für Defizite in der Zusammenarbeit von sich, weshalb eher in Monologen kommuniziert worden ist. Diese sollten wir uns bemühen, in einen Dialog umzuwandeln. Die Grundlage dieser neuen Strategie sollte Selbstkritik sein, deren Mangel wir am stärksten empfinden. Selbstkritik sowohl auf türkischer wie auf europäischer Seite, Selbstkritik auf deutscher Seite, Selbstkritik auf

französischer Seite sowie seitens anderer europäischer Länder. Vielleicht können wir uns besser verstehen, wenn wir uns selbst kritisieren? Wenn Sie mir erlauben, möchte ich genau hiermit anfangen: Was sind unsere Defizite? Der türkische Botschafter hat von unseren positiven Seiten berichtet, von denen es tatsächlich viele gibt. Die Türkei ist ein Staat mit einer langen Vergangenheit, ein starker Staat, dessen Wirtschaftskraft weltweit an siebzehnter Stelle steht und der unter den europäischen Staaten auf Platz sechs rangiert. In der Türkei existieren, wie auch der Botschafter hervorgehoben hat, 130 Universitäten, die ein hohes Potenzial an gebildeten Menschen und Intellektuellen aufzeigen. Unsere Industrie ist stark. Unsere Armee ist die zweitgrößte der NATO und die größte Europas. Das heißt unser Land hat viel Positives zu verzeichnen, auch wenn durchaus Raum für Kritik bleibt. Diese zu üben, sollten wir nicht zurückschrecken. Wenn wir darüber reden, wenn wir offen über Missstände berichten und wenn auch unsere europäischen, unsere deutschen Freunde sagen, wo sie eigene Defizite sehen oder Fehler aufzudecken und zu beheben sind, dann könnten wir viel konstruktiver miteinander diskutieren. In Amerika beschäftigen sich ganze Bücher mit dem Thema „Wo haben wir einen Fehler gemacht?“. Wenn wir uns eine ähnliche Frage stellen, auf eine ähnliche Suche begeben würden, glaube ich, dass wir dann eine weitaus bessere Arbeit zu leisten in der Lage wären.

Was aber sind nun die hauptsächlichen Defizite der Türkei? Wir haben sehr wichtige Erfahrungen gemacht und im vergangenen Jahrhundert sehr große Umwälzungen erlebt, die vielleicht auf der ganzen Welt Ihresgleichen suchen: Das Osmanische Reich hat uns einen autoritären und religiös geprägten Staat hinterlassen. An dessen Stelle haben wir eine moderne Republik gegründet, die sich auf den Willen des Volkes und auf die Grundsätze dieser Demokratie stützt und dabei den Laizismus zu einem ihrer Grundprinzipien erhebt. Das ist in der Tat weltweit ohne Beispiel. Unter den vierundfünfzig muslimischen Ländern auf der Welt lässt sich keines finden, dass auch nur eine annähernde Entwicklung durchgemacht hätte. Als einzig laizistisch mit muslimischer Bevölkerung gegründeter Staat gilt Bangladesch, der sich jedoch nach fünf Jahren dem Druck islamischer Kräfte beugte und diese Staatsform aufzugeben

gezwungen war. Derzeit lässt sich zudem beobachten, dass auch etliche Länder, die früher dem Laizismus zumindest nahe standen, diesem in rascher Folge eine Absage erteilen. Für unsere Republik jedoch gilt, dass sich die Demokratie auf dem Laizismus begründet. Er ist quasi substantiell und das heißt: ohne Laizismus gäbe es auch keine Demokratie in der Türkei. An diesem Prinzip sollte kein Zweifel bestehen. Nehmen wir als Beispiel die gesetzliche Gleichstellung von Frau und Mann. Ein Land, in dem sich dieser Grundsatz nicht behaupten kann, darf man nicht laizistisch nennen; man kann es auch nicht demokratisch nennen. Der Erfahrung der Türkei mit dem Laizismus kommt hier eine außerordentliche Rolle zu, die oft verkannt wird, was sich darin zeigt, dass einige Europäer meinen behaupten zu müssen, wir Türken würden damit auf die Demokratie verzichten. Erst vor einigen Monaten beispielsweise hieß es auf der Titelseite der Zeitschrift Economist: „Sollte die Türkei zwischen Demokratie und Laizismus wählen, so soll sie der Demokratie den Vorzug geben“. Man ist sich offensichtlich nicht über folgende Tatsache im Klaren: Fiele eine Wahl zugunsten der Demokratie gegen den Laizismus, würde man sich auf kurz oder lang auch von der Demokratie verabschieden müssen; denn warum reden wir letztlich so viel vom Laizismus? Weil wir uns eben der Demokratie verpflichtet fühlen. Wenn wir die Demokratie also erhalten wollen, müssen wir den Laizismus verteidigen.

Wie stellt sich nun die aktuelle Situation in der Türkei dar? Wo können wir Selbstkritik üben? Hier wird nichts anderes zur Sprache kommen, als wir nicht auch bereit wären in unserem Land selbst zu äußern. Das ist ein Gebot der Aufrichtigkeit.

Betrachten wir zunächst die Partei, die derzeit die Regierung stellt. Sie ist vom Verfassungsgericht der Republik mit zehn von elf Stimmen verurteilt worden, weil sie zum Sammelpunkt antilaizistischer Aktivitäten wurde. Diese problematischen Entwicklungen gefährden das Gleichgewicht einer Gesellschaft. Greifen wir erneut das Beispiel von der Gleichstellung zwischen Mann und Frau auf, so steht die Frau heute unter zunehmendem Druck aus ihrem sozialen Umfeld wie dem der Familie. Die Gesellschaft scheint damit einen wichtigen charakteristischen Grundzug des modernen Staatswesens einzubüßen. Einbüßen anderer Art sind beispielsweise in vielen

Ortschaften Anatoliens spürbar. Dort gibt es kaum Gastronomie, die Alkohol ausschenkt. Kürzlich war ich in Kayseri und abgesehen vom Hilton Hotel wurden in der gesamten Innenstadt keine alkoholische Getränke im gastronomischen Bereich angeboten. War das früher auch so? Nein, das war es nicht. Das Gleiche betrifft übrigens auch Urfa und es ließen sich noch zahlreiche andere Beispiele anführen. Wenn wir diese Zustände aber benennen und damit Selbstkritik üben, so meinen wir nicht, dass die Türkei der EU nicht würdig sei. Wir sind ganz im Gegenteil davon überzeugt, dass eine Mitgliedschaft der Türkei sowohl den Laizismus wie auch die Demokratie unseres Landes stärken würde. Es geht nicht darum, Sie über unsere Sorgen, Nöte oder gar Defizite hinwegzutäuschen, denn auch wir erwarten schließlich von Ihrer Seite Offenheit in der Darlegung von bestehenden Problemen, vor allem aber die Anerkennung der Existenz selbiger. Denn wenn Sie weiterhin zu sagen pflegen „Wir haben Recht“ und auf Ihrer Sichtweise der Dinge beharren, so verlieren Sie in unseren Augen an Glaubwürdigkeit. Wo sind unsere Fehler – und wo sind die Ihren? Unser derzeit größtes Problem ist nach meiner Ansicht die Bedrohung und die Aushöhlung des Laizismus.

An zweiter Stelle sehe ich folgendes Hindernis: In einem demokratischen Staat hat die Justiz vollkommen unabhängig zu sein. Ist dies nicht gewährleistet, kann von Demokratie keine Rede sein. Aktuell gibt es in der Türkei ernsthafte Schwierigkeiten mit der Unabhängigkeit der Justiz. In einer vom Weltwirtschaftsforum Davos veröffentlichten Studie rangiert die Türkei in diesem Punkt im weltweiten Vergleich auf Platz 64. Dies ist kaum akzeptabel. Wenn die Unabhängigkeit der türkischen Justiz sich tatsächlich in einer derart bedenkliche Lage befindet, dann besteht hier ein ernstzunehmendes Problem, das unbedingt zu lösen ist. Beschämend ist für mich der Blick in die Liste, auf der diverse Staaten vor unserer Republik plaziert sind, die offenkundig auf religiösen Grundsätzen gründen und denen in der Regel ein wenig demokratisches oder gar zeitgemäßes Image anhaftet.

Ein weiteres Problem haben wir mit der Pressefreiheit. Wenn es in einem Land keine Pressefreiheit gibt, dann gibt es auch keine Demokratie. Um Ihnen die aktuelle Lage der Türkei zu verdeutlic-

hen, möchte ich erneut auf ein Beispiel zurückgreifen: Auf der Liste des Wirtschaftsforums Davos gebührt uns bei 134 untersuchten Ländern Platz 106, d.h. vor uns rangieren unter anderem Staaten wie Honduras, El Salvador, Bangladesch, Kuwait oder sogar Uganda. Sicher ließe sich argumentieren, dieser Index widerspiegele die eindimensionale Betrachtungsweise einer bestimmten Organisation, aber erst letzte Woche veröffentlichte die bekannte amerikanische Forschungseinrichtung *Freedom House* eine Statistik, die unsere Republik beim Thema Pressefreiheit auf Rang 101 listet. Auch das ist inankzeptabel.

Sehen Sie, in der Türkei gab es vier regierungskritische Fernsehkanäle. Heute sitzen all deren Gründer und Inhaber im Gefängnis. Können Sie sich das vorstellen? Das sind die Probleme der Türkei. Der Chefredakteur der renommierten Tageszeitung *Cumhuriyet* befindet sich ebenfalls seit 60 Tagen im Gefängnis. Besonders wegen des hiesigen Artikels 301 (*TCK: Türk Ceza Kanunu [StGB]*) hatten uns unsere europäischen Freunde mehrfach angemahnt. Mit seiner Neufassung aus dem Jahr 2008 wurde die Verfolgungsermächtigung des Justizministers wieder eingeführt, d.h. Verfahren zu Straftatsbeständen gemäß Art. 301 können nur noch mit ausdrücklicher Einwilligung des Justizministers eingeleitet werden, was der willkürlichen Urteilssprechung türkischer Staatsanwälte Einhalt gebieten sollte. Schaut man sich allerdings die Zahlen der Anklagen seitdem an, so belaufen sich diese innerhalb eines Jahres auf 71 Zusimmungen und davon 29 Verurteilungen.

Zu einem weiteren der ernsthaften und unser Land bewegenden Probleme gehört derzeit ein Gerichtsverfahren, der sogenannte *Ergenekon*-Prozess. Vielleicht haben Sie schon davon gehört. Viele anerkannte und hochrangige Persönlichkeiten wie auch Intellektuelle der Türkei befinden sich im Zuge dessen im Gefängnis. Darunter sind ebenfalls fünf Universitätsrektoren. Einer von ihnen ist bspw. ein renommierter Transplantationsexperte und gründete als Vorreiter auf seinem Gebiet sogar eine eigene Universität. Die Eliten des Landes zu inhaftieren – so etwas hat es in unserer gesamten Geschichte noch nie gegeben und auch nicht in der europäischen Geschichte nach dem zweiten Weltkrieg. Was jedoch sind die Hintergründe? Wessen werden sie beschuldigt? Wir wissen es nicht –

und sie selbst wissen es auch nicht. Aufgrund welcher Anschuldigungen sind all die Rektoren, Journalisten, Schriftsteller, Professoren sowie weitere Persönlichkeiten verhaftet worden? Viele Menschen stehen seit Monaten ohne Anklageschrift vor Gericht und warten in den Gefängnissen auf ihren Prozess. Einige wurden mittlerweile nach acht oder zehn Monaten Inhaftierung „mangels Indizien“ freigelassen.

Aber warum erzähle ich Ihnen das? Wir haben vergangene Woche, in einer für unsere Demokratie und für unser Projekt der EU-Mitgliedschaft so schwierigen und problematischen Zeit, als Delegation des türkischen Außenministeriums den Deutschen Bundestag besucht. Dort haben wir Gespräche in den verschiedenen Ausschüssen geführt und waren zu Gast im Ausschuss für Menschenrechte. Wir dachten, man würde sich nach den aktuellen Entwicklungen in unserem Land erkundigen, nach den Boykottaufrufen der Regierung gegenüber der Presse, nach den Sanktionen für die Beteiligten am *Ergenekon*-Prozess, aber davon war keine Rede. Man konfrontierte uns mit einem Konflikt zwischen aramäischen Christen und Muslimen um ein Grundstück in einer südanatolischen Provinz. Niemand wurde hierbei verhaftet oder unberechtigt festgehalten und angeklagt. Sind das Verletzungen von Menschenrechten, die Deutschland interessieren? Zeigt sich Ihr Interesse nur in der Betroffenheit von christlichen Minderheiten? Wir hoffen in unserer Partnerschaft doch auf mehr Weitsicht und Unterstützung, möchten auf eine gewissenhafte Beziehung vertrauen, die immerhin lange historisch gewachsen ist. Kritik an falscher Stelle und scheinbare Blindheit gegenüber so offensichtlichen Problemen in unserem Land trifft und enttäuscht uns da schwer, da wir gerade die Deutschen als unsere engsten Verbündeten in der europäischen Gemeinschaft sehen.

Ich möchte noch einmal zurückkehren zum Artikel 301, der u.a. die Verunglimpfung des Staates, der Regierung oder des Parlaments unter Strafe stellt. Auch in den Verfassungen von EU-Mitgliedstaaten gibt es schließlich ähnliche Klauseln. Nun, mit diesem Artikel werden wohl noch auf lange Sicht die Schicksale zweier Persönlichkeiten aus Literatur und Presse in Verbindung gebracht, die für reges Aufsehen in der europäischen Öffentlichkeit gesorgt

haben. Gegen diese beiden Personen wurde aber weder ein Verfahren eröffnet noch irgendjemand festgenommen oder verhaftet. Als sich ein Staatsanwalt anschickt, die Eröffnung eines Verfahrens vorzubereiten, erhebt sich ganz Europa vor Empörung. Das Europäische Parlament verfasst Resolutionen, Beschlüsse werden gefasst und es ertönt vielerorts die Frage, wie man es in diesen Fällen wagen könne, gerichtliche Schritte einzuleiten. Es gibt viele bekannte Journalisten in der Türkei, denen aufgrund desselben Artikels der Prozess gemacht worden ist, wie z.B. Cüneyt Arcayürek, einem der Chefredakteure der Tageszeitung Cumhuriyet, oder Melih Aşık, einem der wichtigsten Publizisten der Tageszeitung Milliyet. Aber diese Namen kennt man nicht in Europa und ihre Verfahren interessieren niemanden. Darin zeigt sich, dass Sie beim Thema Menschenrechte in der Türkei selektiv vorgehen, dass Sie mit zweierlei Maß messen. Nur wenn es sich um Menschen handelt, die Sie als schutzwürdig betrachten, dann werden Sie aktiv. Mit *Sie* meine ich natürlich nicht Sie persönlich, sondern diejenigen, die für ein solches Handeln die Verantwortung tragen.

Was für Konsequenzen lassen sich damit für das Verhältnis von der Türkei zur europäischen Gemeinschaft ableiten? Die Unterstützung für und das Vertrauen in Europa schwindet in der türkischen Bevölkerung. Als die AKP-Regierung vor sieben, acht Jahren an die Macht kam, unterstützten noch 72% eine EU-Mitgliedschaft. Heute sind lediglich 32% geblieben. Warum? Weil Europa eine große Enttäuschung hervorgerufen hat. Wir haben unser Leben, unser berufliches Wirken, für die EU-Mitgliedschaft der Türkei aufgewendet. Mit meinem Freund Volkan Bozkır und mit anderen Kollegen haben wir jahrelang auf dieses Ziel hin gearbeitet. Warum? Weil wir unserem Verständnis nach mit Europa dieselben Werte teilen. Wir wollen nicht Mitglied werden, um vom Europäischen Markt zu profitieren, denn dann könnten wir auch einen Sonderstatus akzeptieren und uns würde die Zollunion ausreichen. Wir fordern die Vollmitgliedschaft, weil wir für das gleiche Wertesystem eintreten. Das ist der springende Punkt. Während wir uns aber für eine Annäherung an Europa engagieren, entfernt sich Europa von uns. Wie sollen wir das unserem Volk erklären? 1997 fand in Brüssel eine Versammlung der christdemokratischen Parteiführer

aller EU-Länder statt. Daran nahm auch der zu dieser Zeit amtierende deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl teil. Zu Beginn der Versammlung erklärte der damalige belgische Premierminister Wilfried Martens: „Wir haben einen Entschluss gefasst: Wir dürfen die Türkei niemals zu einem EU-Mitglied machen“. Warum? „Weil die EU ein Zivilisationsprojekt ist“ und darin der Türkei offenbar kein Platz beschieden sei. Wir haben damals heftigen Einspruch erhoben; einig waren sich in dem Punkt sogar Regierung, Opposition und Presse. Die Europäer taten einen Schritt zurück. Tatsächlich unterstützen heute manche christdemokratischen Parteien in Europa eine EU-Mitgliedschaft der Türkei, wenn auch nicht die CDU. Die damalige Aussage jedoch, wir scheinen nicht zum europäischen Verständnis von Zivilisation zu passen, war für unser Volk sehr verletzend, denn Atatürk, der Gründer der Türkischen Republik, hatte den Ausspruch geprägt: „Es gibt verschiedene Kulturen, aber nur eine Zivilisation“ – und er meinte dabei die europäische, die westliche Zivilisation, in der die Türkei ihren Platz finden sollte. Diese Politik verfolgt unser Land nun seit neunzig Jahren.

Volkan Bozkır hat es bereits formuliert: Wenn die Europäer uns ablehnen, dann sind auch uns die Hände gebunden, denn wir können unsere Aufnahme in die Gemeinschaft nicht von ihnen erzwingen. Aus eigener Kraft müssen wir es deshalb schaffen unser angestrebtes Niveau zu erreichen und mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln unsere Ziele auch in Zukunft zu verfolgen. Eines davon ist und bleibt sicherlich die Akzeptanz unserer Wertegemeinschaft in der europäischen Familie. Dafür treten wir als Partei [CHP: Republikanische Volkspartei; derzeit größte Oppositionspartei] auch weiterhin ein. Die Mitgliedschaft der Türkei ist für uns dabei mehr als nur ein zukunftsweisendes Ziel, sie ist ein nationales Projekt. Wenn es wieder an uns sein sollte, die Richtlinien der Politik aktiv zu gestalten, d.h. wenn uns das Volk als Regierungspartei wiederwählt, werden wir uns bemühen, die Auflagen schnellstmöglich zu erfüllen und uns bei den Forderungen von Kopenhagen kooperativ zeigen. Wir werden versucht sein, den europäischen Standards zu entsprechen und öffnen uns auch dahingehender Kritik. Bei Themen allerdings, die persönliche Belange unseres Landes und Staatswesens betreffen, erwarten wir auf Seiten der Europäer ange-

messene Zurückhaltung. Den Druck, dem die Türkische Republik einstweilen durch die EU ausgesetzt ist, empfinden wir als unrechtes Mittel zur Durchsetzung einseitiger Interessen.

Leiten wir zur Zypernfrage über, wird von der Türkei erwartet, dass sie sich um eine EU-konforme Lösung zu bemühen habe, sonst drohten ihr das Einfrieren von acht der 35 Verhandlungskapitel. Diesen Status quo haben wir erreicht und sollen uns nun nachgiebig zeigen, sollen uns die Mitgliedschaft durch Zugeständnisse an die griechisch-zypriotische Seite schrittweise verdienen. Doch gilt es nicht bei internationalen Konflikten stets beide Partner in die Überlegungen mit einzubeziehen und zu bemühen? Hier scheinen sich die Forderungen nur an uns zu richten. Welchem Verständnis aber entspricht das, diesen mit Sanktionen bezüglich unserer angestrebten EU-Mitgliedschaft Nachdruck zu verleihen? Welche Auffassung von Europa gibt sich darin zu erkennen? Auch hier eine der vielfältigen, ungeschriebenen Regeln, die auf der Luxemburger Maxime beruht, wonach alle europäischen Länder in stiller Übereinkunft unterstützen, was von einem der Mitgliedstaaten zu nationalem Belang erklärt worden ist. Falls ich mich irren sollte, können Sie mir gerne ein Gegenbeispiel nennen.

Kann deshalb aber die EU bei dem Zypern-Problem überhaupt objektiv sein? Kann sie zu dessen Lösung einen tatsächlichen Beitrag leisten? Das kann sie eigentlich nicht; vor allem dann nicht, wenn sie entgegen den geltenden Bestimmungen eine Seite bereits zum Mitglied ernannt hat. Und nicht zuletzt liegen auch aus diesem Grund die Gespräche zu acht der Verhandlungskapitel brach.

Doch ebenso wagt Frankreich im Alleingang einen Vorstoß und legt gegen fünf entscheidende Verhandlungskapitel Veto ein, um dadurch gewissermaßen einer Vollmitgliedschaft aktiv entgegenzuwirken. Ein solches Vorgehen verletzt uns. Hat Frankreich ein Recht, als einziges Land Veto einzulegen? Würden die anderen EU-Länder sich gegen diesen Alleingang aussprechen, dann wäre es wohl erst gar nicht so weit gekommen. Doch offensichtlich wird auch diese Maßnahme stillschweigend von allen Verbündeten mitgetragen. Das betrübt uns. Warum schreitet Deutschland nicht dagegen ein? Oder Schweden? Oder Italien? Alle halten zusammen

und wir stehen außen vor. Dies kritisch anzumerken, halte ich für meine Pflicht als Politiker.

Würden Sie es nicht als kränkend empfinden, wenn man zu Ihnen käme mit vorgefertigten Urteilen über eigene innerpolitische Fragen, die man glaubt anstatt Ihrer besser lösen zu können, zu denen man sich anmaßen würde von Ihnen die Übernahme „richtiger“ Perspektiven und Handlungsweisen zu erwarten. Stellen Sie sich vor, wir haben ein brisantes Thema Deutschland betreffend ermittelt, haben uns beraten, verschiedene Seiten abgewogen, entschieden, was wahr und rechtens sei und wie die Bundesrepublik nun zu reagieren habe. Wir treten Ihnen also gegenüber mit konkreten Vorschlägen und der Erwartung, diese auf unseren Druck hin auf kurz oder lang umzusetzen. Halten Sie ein solches Vorgehen tatsächlich für möglich? Man sollte doch fragen, was einem Konflikt vorausgegangen ist, was ihm zugrunde liegt und unter welchen Bedingungen sich ein bestimmtes Verhältnis herausgebildet hat. Schaut man in die Berichte des EU-Parlaments, so wird gefordert „die Türkei solle ihre Grenze zu Armenien öffnen und ihre Beziehungen zu dem Land normalisieren“. Hier wird nicht gefragt, was überhaupt Anlass der Schließung gewesen ist. Es wird nichts darüber gesagt, welche Rolle den Armeniern bei der „Normalisierung“ zufallen könnte oder sollte. Auch hier begegnet uns eine einseitige Wahrnehmungs- und Betrachtungsweise, die durchaus gewollt ist.

Im Jahre 1987 wurde der erste Türkei-Bericht des EU-Parlaments verabschiedet. Lesen Sie nun alle Türkei-Berichte, die seit dato erschienen sind und vergleichen Sie diese, so werden Sie feststellen, dass unsere Republik in all den Jahren bei sämtlichen Themen versagt zu haben scheint. In der Auseinandersetzung mit verschiedenen Ländern wurde stets ihr das Unrecht zugesprochen – ohne Ausnahme – was nichts anderes heißt, als dass die Türkei als politischer Akteur nach nun mehr 22 Jahren ihre Handlungsweise grundlegend korrigieren sollte.

Zusammenfassend möchte ich nochmals betonen, dass wir aufrichtig für die Europa-Politik eintreten und daran glauben, dass die EU-Mitgliedschaft der Türkei für beide Seiten von Vorteil sein wird. Es wurde im Rahmen dieser Konferenz bereits dargestellt, was Europa dabei zu gewinnen hat. Und es gibt noch mehr: Wird die

Türkei tatsächlich Vollmitglied, dann wird sie eine Vorreiterrolle bei der Verbreitung der Demokratie im gesamten Nahen Osten spielen.

Aus Zeitmangel kann ich nun gar nicht weiter auf alles, was noch zu sagen wäre, eingehen und möchte deshalb abschließend noch einmal kurz einige Punkte ansprechen, die mir trotz allem noch besonders am Herzen liegen und ihnen hier ein, zwei Gedanken widmen.

Betrachten wir beispielsweise die Energieressourcen, so zeigt sich, dass 71% der weltweiten Gas- und Ölvorkommen in unserem Umkreis von 1000 Meilen liegen. Diese Tatsache ist durchaus von erheblicher Relevanz für Europa, aber weil sich heute ein EU-Land dagegen ausgesprochen hat, können wir uns im Zuge der Beitrittsverhandlungen nicht dem Kapitel „Energie“ widmen. Wer aber außer uns wehrt sich dagegen? Niemand.

Doch anstatt weitere Beispiele anzuführen, möchte ich nochmals verlauten lassen, dass es an uns ist einen offenen Dialog zu führen, um uns und Europa einen langwährenden Dienst zu erweisen. Wenn wir unangenehme Gespräche zu umgehen suchen, Fehler todschweigen, brisante Themen aussparen, dann vergeben wir uns die Chance voneinander zu lernen und ein neues Europa gemeinsam zu gestalten. Wir sollten den Mut schöpfen, uns auch über unser eigenes Versagen auszutauschen und gegenseitiger Kritik standzuhalten.

Was für ein Problem haben beispielsweise die Deutschen mit der doppelten Staatsbürgerschaft? Sie argumentieren damit, es gäbe keine „doppelte Loyalität“ – wieso klappt das dann aber bei uns so gut? Was ist außerdem mit den positiven Erfahrungen anderer EU-Länder? Auch diese Fragen müssen gestellt werden.

Mein Vater hat in Deutschland studiert, lange vor dem zweiten Weltkrieg. Er studierte Philosophie. Wenn ich auch nicht viel von ihm gelernt habe, so habe ich doch zumindest von ihm gelernt – und dass ist vielleicht das Wichtigste – Fragen zu stellen. Sehen Sie sich mit einem Problem konfrontiert, so müssen Sie richtig zu fragen wissen. Und nun möchte ich Sie fragen: Aus welchem Grund wenden Sie sich im Namen Deutschlands oder im Namen Ihrer Regie-

rungspartei gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkischen Republik? Warum wollen Sie uns Türken nicht?

Eine andere Frage ist sicherlich: Was soll Europa in der Zukunft sein? Was für ein Europa wollen Sie? Welche Bedeutung messen Sie religiöser Vielfalt bei? Beunruhigt es Sie tatsächlich so sehr, ein Land mit anderer Religionszugehörigkeit in die eigenen Reihen aufzunehmen? Lassen Sie uns offen darüber reden.

Sind es die Existenz der türkischen Arbeitsmigranten in Deutschland oder die Integrationsprobleme der türkischstämmigen Bevölkerung, die Sie veranlassen, sich gegen unsere EU-Mitgliedschaft zu stellen? Wenn dem so ist, dann sprechen Sie es offen aus und lassen Sie uns gemeinsam an der Integration arbeiten.

Wenn Sie die Antworten auf diese Fragen kennen, dann würde ich mich glücklich schätzen, wenn Sie Ihr Wissen, wie auch all die Sorgen und Bedenken mit uns zu teilen bereit sind, so dass wir gemeinschaftlich diskutieren. Falls Sie jedoch den Standpunkt vertreten „Wir haben uns als EU entschieden: Wir wollen die Türkei zu keiner Zeit bei uns haben“, dann sagen Sie das ganz direkt. Ich wiederhole noch einmal: Alle Parteien im türkischen Parlament befürworten die EU-Mitgliedschaft. Einen Sonderstatus lehnen wir mit Entschiedenheit ab. Warum versuchen Sie noch immer, uns einen Status aufzunötigen, den wir nicht wollen?

Mein Vorschlag dazu ist folgender: Lassen wir es auf einem solchen Treffen wie dem heutigen nicht nur dabei bewenden, uns gegenseitig Monologe vorzutragen. Versuchen wir, einander zu verstehen, gemeinsam nach Lösungen zu suchen und lassen Sie uns die Fehler finden, die wir beidseitig begangen haben.

Ich danke Ihnen. Ich habe Ihre Zeit ein wenig länger beansprucht, aber ich habe einen solch weiten Weg nicht gemacht, um Ihnen meine Ansichten vorzuenthalten und ich habe mich sehr gefreut, meine deutschen Freunde wiederzusehen.

Vielen Dank!

Muzaffer Dartan: Auch ich möchte mich bei unserem Abgeordneten, Herrn Dr. Onur Öymen, für diese wertvollen Ausführungen bedanken – sowohl in meinem eigenen als auch im Namen unserer Gäste. Ich sehe, dass viele von ihnen eine Frage stellen wollen. Wir haben zwar die uns zur Verfügung stehende Zeit bereits überschritten, aber weil Herr Onur Öymen einzig für diese Konferenz aus der Türkei angereist ist, möchte ich zumindest einem Teil der Fragen unserer Gäste Raum geben.

Frage 1: Ich möchte auf folgenden Punkt aufmerksam machen: Wir wissen alle, dass wir bei der Umsetzung der Kopenhagener Kriterien mit Entschiedenheit vorgegangen sind, dass allerdings die EU die Erfüllung von Auflagen gefordert hat, die nicht deren Bestandteil sind. Damit hat sie den Beitrittsprozess erschwert. Es ist deutlich, wie negativ sich dieses Verhalten der EU auf die gesellschaftliche Motivation, die für die Forcierung des Beitrittsprozesses unabdingbar ist, ausgewirkt hat. In den Köpfen unseres Volkes, sowohl in der Türkei als auch in Deutschland, hat sich der Gedanke festgesetzt, dass „Was auch immer wir tun – selbst wenn wir alle Kopenhagener Kriterien erfüllen würden – es doch vergebens sei. Die EU-Vertreter werden weitere Auflagen erlassen, um unsere Mitgliedschaft zu verhindern“. Ich bin jedoch der festen Überzeugung, dass die Umsetzung der Kopenhagener Kriterien, auch unabhängig vom angestrebten Erreichen des Ziels einer Vollmitgliedschaft, einen wesentlichen Beitrag zum Anstieg des Lebensstandards in der Türkei leisten wird, denn diese Kriterien implizieren universale Werte.

In der Türkei verfolge ich einige aktuelle Entwicklungen durchaus mit Sorge und möchte deshalb folgende Frage in den Raum stellen: Wie sind in einer Zeit, in der – wir haben es gehört – in weiten Teilen Anatoliens der Gastronomiebetrieb ohne Alkoholausschank geführt wird oder, um ein weiteres Beispiel anzubringen, selbst in einigen Schulen schon Gebetsräume eingerichtet werden, von einer Regierung, die all dies im Wesentlichen zu befürworten und zu unterstützen scheint, wie sind da die Kopenhagener Kriterien umzusetzen?

Frage 2: Verehrter Podiumsvorsitzender, verehrte Gäste, mein Frage bezieht sich auf die Auslandsvertretungen der Türkei in ganz Europa. Ich lebe seit mehr als 30 Jahren in Bremen. Ich habe hier an der Universität studiert, engagiere mich in verschiedenen sozialen Initiativen und nehme so am politischen Leben Deutschlands aktiv teil. Den türkischen Auslandsvertretungen kommt im Rahmen der Beitrittsverhandlungen eine große Verantwortung dahingehend zu, dass sie einerseits angehalten sind die europäische Gesellschaft über den Status quo der laufenden Beitrittsverhandlungen in Kenntnis zu setzen. Andererseits sollte ihr Aufgabenspektrum auch darauf ausgerichtet sein, die Lobbyarbeit der in Europa ansässigen türkischen Einrichtungen und Organisationen effizient und öffentlichkeitswirksam zu unterstützen.

Meinen Beobachtungen zufolge bestehen jedoch gravierende Defizite bei diversen Informationskampagnen, und das gilt sowohl für Aktivitäten der konsularischen Vertretung als auch die der türkischen Botschaft. Mangelt es hier vielleicht ganz einfach nur an Motivation? Oder – und damit komme ich zu meiner eigentlichen Frage – fehlt es dem türkischen, diplomatischen Corps in den EU-Staaten an grundlegendem Wissen und strategischen Handlungswerkzeugen?

Onur Öymen: Zum Thema Schule und Ausbildung möchte ich Folgendes sagen: Wir sind bei diesem Thema sehr fortschrittlich, wir haben 130 Universitäten. Die Zahl der SchülerInnen und StudentInnen in der Türkei ist so hoch wie die gesamte Einwohnerzahl Hollands. Das ist die positive Seite. Aber was wird in diesen Schulen gelehrt? Vor zwei Tagen wurden die Ergebnisse einer sehr ernst zu nehmenden Meinungsumfrage veröffentlicht: 32% der SchülerInnen glauben nicht an die Theorie Darwins; ein Teil blieb unschlüssig und nur 43% halten diese Theorie für richtig. So wird an den Schulen gelehrt und dabei handelt es sich nicht um religiöse Einrichtungen. Die Umfrage wurde an den staatlichen Anadolu-Berufsgymnasien zur Vorbereitung auf die universitäre Lehrerausbildung durchgeführt.

Aus diesem Anlass kann ich noch etwas sagen, das ich zuvor nicht erwähnt habe, das aber zurzeit die Gemüter in der Türkei

bewegt. Wenn wir die Kopenhagener Kriterien tatsächlich umzusetzen gedenken, ist fraglich, wie es dazu kommen kann, dass der Innenminister vor dem türkischen Parlament offiziell zugeben kann, dass momentan rund 70 000 Personen in unserem Land abgehört werden? Ist dies in einem Rechtsstaat möglich, der die Rechte des Einzelnen, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu schützen hat? Haben wir da nicht ein erhebliches rechtsstaatliches Defizit vorzuweisen und an unserer verfassungsrechtlichen Garantie von Freiheitsrechten nachzubessern? Um zu dem Punkt zu kommen, inwieweit unsere Vertreter des Außenministeriums über notwendige Kenntnisse EU-Themen betreffend verfügen oder nicht, so kann ich Ihnen mein Wort geben, dass die Vertreter des Außenministeriums der Türkischen Republik darauf programmiert sind, die Gedanken Atatürks zu verteidigen und das Ziel einer zeitgenössischen Türkei zu verwirklichen. Das kann ich als jemand, der 40 Jahre in diesem Ministerium verbracht hat, ohne Bedenken versichern.

Muzaffer Dartan: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich danke Ihnen. Es gibt noch viele Fragen, aber wir haben den Zeitrahmen dieser Sitzung schon lange überschritten. Ich möchte aber unsere Gäste nochmals daran erinnern, dass der EU-Beitrittsprozess der Türkei nicht nur Gegenstand dieser Sitzung ist. Diesem Thema werden wir uns erneut und im Detail während der vierten Sitzung zuwenden, wie Sie dem Konferenzprogramm entnehmen können. Unsere zwei verehrten Redner – Herr Bozkır, als türkischer EU-Botschafter in Brüssel und Herr Öymen, als ehemaliger Bonner Botschafter, der heute zu uns als türkischer Oppositionspolitiker gesprochen hat – haben in dieser besonderen Sitzung die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU – soweit es die Zeit zuließ – unter die Lupe genommen. Sie haben verschiedene Ansichten vorgetragen und die Ausführungen beider waren für uns von großem Nutzen. Trotz ihres intensiven Arbeitspensums haben sie sich Zeit für uns genommen. Herr Öymen ist aus Ankara, Herr Bozkır aus Brüssel angereist. Ich möchte Ihnen dafür meinen herzlichen Dank ausdrücken.